

MATTHIAS WEIK
Die Abrechnung

MATTHIAS WEIK

DIE ABRECHNUNG

Das einzige Buch, das Ihr Ersparnis vor
Umverteilung und Krisen rettet

ARISTON 

Sollte diese Publikation Links auf Webseiten Dritter enthalten,
so übernehmen wir für deren Inhalte keine Haftung,
da wir uns diese nicht zu eigen machen, sondern lediglich
auf deren Stand zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung verweisen.

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet unter www.dnb.de abrufbar.



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® N001967

2. Auflage

© 2023 Ariston Verlag in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,
Neumarkter Straße 28, 81673 München
Alle Rechte vorbehalten
Redaktion: Ute Gräber-Seißinger, Bad Vilbel
Umschlaggestaltung: Hauptmann & Kompanie Werbeagentur, Zürich,
unter Verwendung eines Motivs von © Kay Blaschke, München
Satz: Satzwerk Huber, Germering
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany

ISBN: 978-3-424-20282-3

Inhalt

Einleitung	9
1. Wirtschaftsstandort Deutschland	17
Die Produktion in Deutschland wird teurer	20
Chemische Industrie: Deutschlands Schlüsselindustrie braucht Energie	23
Automobilindustrie: Deutschland auf dem absteigenden Ast	26
Solarindustrie in Deutschland – ein mahnendes Beispiel	36
2. Deutschlands Geschäftsmodell funktioniert nicht mehr	39
Deindustrialisierung	40
... und die Folgen	42
3. Infrastrukturdesaster Deutschland	45
Standortfaktor Digitalisierung	46
Standortfaktor Bildungsmöglichkeiten	50
Standortfaktor Gesundheits- und Pflegewesen	55
Standortfaktor Bürokratie	59
Standortfaktor Steuern und Abgaben	66
Umverteilungs- statt Leistungsgesellschaft	78
Standortfaktor Fachkräftemangel	84
Standortfaktor Energie	107

4. Deutschlands fragwürdige Energiewende	129
Ineffizient, kleinteilig und teuer	130
Windkraft	131
Wärmepumpen für Deutschland?	134
Atomausstieg in Deutschland versus Atomboom im Ausland	136
Ideologie versus Realität?	139
Deutschland oder die EU als Weltenretter?	145
5. China fährt energietechnisch mehrgleisig	149
Deutschlands Abhängigkeit von China	152
China und Russland	159
6. Ukrainekrieg	163
Sanktionen: Ohne den gewünschten Effekt	164
Griechische Tanker für russisches Öl	169
7. EZB, Euro und EU – eine Gefahr für Deutschland?	173
Verbraucherpreise	174
Inflation – nicht erst seit Kriegsausbruch	175
EZB – Brandstifterin und Feuerwehr	178
Währungsexperiment Euro	188
Deutschland, der Zahlmeister der EU	190
8. Bleiben oder auswandern?	199
Bleiben.	200
Auswandern	247
9. Was muss sich ändern? Lösungsvorschläge	303
Politik: Mehr Bürgernähe	303
Bürokratie: Neues Personal	311
Migration: Ja, aber kontrolliert	312

Infrastruktur: Massiv investieren	313
Bildung: Elitenförderung statt Gesamtschule	314
Sozialstaat: Leistung statt Umverteilung.....	315
EU und Euro: Wirtschaftsunion anstatt politischer Union.....	316
Euro: Kontrolliert abwickeln	318
Dank	321
Kontakt	323
Anmerkungen	325

Einleitung

*»Ja, wir leben heute in dem besten Deutschland,
das es jemals gegeben hat.«*

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident, beim Festakt
zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2020¹

Ist diese Aussage des Bundespräsidenten tatsächlich richtig? Es stellt sich die Frage: Was ist aus Deutschland geworden? Lassen die Befunde nicht eher an Heinrich Heine denken, der vor 180 Jahren seine Verzweiflung über Deutschland in die folgenden Worte fasste?

*»Denk ich an Deutschland in der Nacht,
Dann bin ich um den Schlaf gebracht,
Ich kann nicht mehr die Augen schließen,
Und meine heißen Tränen fließen.«*

Heinrich Heine (1797–1856), Nachtgedanken, 1843–1844

Was also ist aus Deutschland geworden? Ein Land, in dem wegen stetig steigender Mietkosten, explodierender Energiekosten und immer teuer werdender Lebensmittel mehr als 2 Millionen Menschen zu den mehr als 960 Tafeln gehen müssen.² Ein Land, in dem es in den 1990er-Jahren noch rund drei Millionen Sozialwohnungen gab und in dem es heute 1,1 Millionen gibt.³ Ein Land, in dem jeder Dritte kein Geld für Weihnachtsgeschenke hat⁴ und mehr als jeder Fünfte sich keine einzige Woche Urlaub

im Jahr leisten kann und in dem selbst für Normalverdiener eine eigene Wohnung oftmals unbezahlbar ist.⁵

Deutschland ist ein Land geworden, in dem Gesellschaftsverächter Polizei und Rettungskräfte angreifen, in dem sich nur noch ein Drittel der Frauen und 60 Prozent der Männer nachts ohne Begleitung im öffentlichen Personennahverkehr »sehr sicher« oder »eher sicher« fühlen und mehr als jede zweite Frau »häufig« oder »sehr oft« bestimmte Straßen, Parks oder Plätze meidet.⁶ Die Bundesrepublik belegt auf dem globalen Kriminalitätsindex den 43. Platz, Freibäder müssen von Security und die Eingänge von Weihnachtsmärkten von Polizisten mit Maschinengewehren bewacht werden.⁷

Was ist aus dem einstigen Land der Dichter und Denker geworden, in dem sich keine einzige Universität unter den 49 besten Universitäten der Welt befindet? Ein Land, in dem Privatschulen boomen und der Anteil Jugendlicher ohne grundlegende schulische Fähigkeiten dem ifo Institut für Wirtschaftsforschung zufolge bei 23,8 Prozent liegt.⁸

In dem »besten Deutschland, das es jemals gegeben hat«, herrscht bei über 2,4 Millionen Arbeitslosen branchenübergreifend ein akuter Fachkräftemangel. Dort liegen Eltern im Dezember 2022 mit ihren Kindern auf Krankenhausfluren, da kein ausreichendes Personal zur Stelle ist. Ohne schnelle Verbesserungen droht der Pflegekollaps nicht nur in Krankenhäusern, sondern auch in Altenheimen. Es ist ein Land, in dem in den letzten zwei Jahrzehnten Millionen un- und geringqualifizierte Menschen einwanderten, während Hunderttausende Hochqualifizierte auswanderten – drei Viertel der Auswanderer haben eine Hochschulausbildung.⁹

Wir leben in einem Land, in dem nur 48 Prozent der Menschen denken, dass man seine Meinung frei sagen könne¹⁰, in dem politische Eliten ihre Bürger und die Wirtschaft erst in die Abhängigkeit Russlands und schlussendlich in ein energie-

politisches Desaster getrieben haben und offenkundig mit Vehemenz weiter treiben. In einem Land, dessen »Energiewende« seinen Bürgern und der Wirtschaft jahrelang mit die höchsten Strompreise weltweit beschert und dem Wirtschaftsstandort Deutschland geschadet hat – mit dem Resultat, dass im November und Dezember 2022 der meiste Strom durch die als CO₂-Dreckschleudern bekannten Kohlekraftwerke erzeugt wurde. Mit einer Politik, die Fracking verbietet, aber Fracking-Gas in rauen Mengen importiert, die gegen Gas- und Ölbohrungen in Nord- und Ostsee ist, aber Nordseeöl aus Norwegen importiert und die Atomkraftwerke abschaltet, während Wirtschaftskonkurrenten neue Atomkraftwerke bauen, die aber Atomstrom auch zukünftig aus den Nachbarländern zu importieren beabsichtigt. Wir erleben Politiker, die eine Gaspreisbremse feiern, durch die es weder mehr Gas auf dem Markt gibt noch die Nachfrage nach dem in Deutschland knappen und in großem Umfang benötigten Gut senkt, geschweige denn für mehr Gas sorgt.

Wir leben in einem Land, in dem zahlreiche Politiker von der Vision beseelt sind, die Welt zu retten, und mit moralisch erhabenem Zeigefinger versuchen, ebendiese zu bekehren. Denen offenkundig nicht klar ist, dass Deutschland weder politisch noch gemessen an der Bevölkerungszahl eine Rolle spielt – und auch in puncto CO₂-Emissionen nicht, mit 1,85 Prozent Gesamtanteil am globalen Ausstoß.

Der Wirtschaftsstandort des einstigen Exportweltmeisters kann kein einziges Unternehmen unter den wertvollsten 100 börsennotierten Unternehmen der Welt mehr vorweisen und verliert im internationalen Vergleich kontinuierlich an Attraktivität.¹¹ Dies aufgrund der viel zu hohen Energiepreise, einer bröselnden logistischen Infrastruktur (Straßen, Brücken, Schienen, Schleusen), einer unzureichenden digitalen Infrastruktur, eines grassierenden Bürokratie-Irrsinns, sehr hoher Steuern und Abgaben,

hoher Arbeitskosten für Unternehmer einerseits und im internationalen Vergleich niedrigen Nettolöhnen andererseits.

Deutschland ist zu einem Land geworden, das bei der Digitalisierung des öffentlichen Dienstes schlechter abschneidet als Griechenland, sich dafür aber nach der Volksrepublik China das größte Parlament weltweit gönnt und in Zeiten knapper Kassen das Kanzleramt in Berlin für knapp 800 Millionen Euro Baukosten zu einem Protzbau erweitert, der global seinesgleichen sucht.¹²

Deutschland hat Preissteigerungen zu verzeichnen wie seit 1951 nicht mehr.¹³ Die Saat der irrsinnigen Gelddruckpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist in Form einer von ihr mit angefachten immensen Inflation aufgegangen. Der Staat entschuldet sich auf Kosten der Bürger und profitiert obendrein nicht nur kraft der Umsatzsteuer von den steigenden Preisen. Die Kaufkraft des Euro schwindet sukzessive, und die Sparguthaben, Altersvorsorge zahlloser Bürger, werden tagtäglich pulverisiert. Jahrzehntelang war die Geldwertstabilität das höchste Gut der Bundesbank. Diesen Kernauftrag erfüllt die EZB nicht einmal ansatzweise. Sie erhält faktisch bankrotte Staaten Südeuropas am Leben und macht Struktur- anstatt Geldpolitik. Von Geldwertstabilität ist beim Euro nichts mehr zu sehen. Allein in den letzten fünf Jahren hat der Euro gegenüber dem US-Dollar über 10 Prozent und gegenüber dem Schweizer Franken mehr als 15 Prozent seines Wertes verloren. Einerseits verkommt er zu einer Weichwährung, andererseits ist der US-Dollar nach wie vor unumstritten die dominierende Währung auf dem Weltmarkt für Gas, Öl und zahlreiche weitere Waren. Für ein rohstoffarmes Land wie Deutschland bedeutet ein schwacher Euro dementsprechend importierte Inflation.

Die Rechnung bezahlt der Steuerzahler. In Deutschland herrscht eine der höchsten Steuer- und Abgabenlasten weltweit.¹⁴ Bereits heute arbeiten die Bürger im Durchschnitt bis

Mitte Juni nicht für die eigene Existenz, sondern stattdessen für das Gemeinwesen.¹⁵ Im Jahr 2021 umfasste der Bundeshaushalt die Summe von rund 498,6 Milliarden Euro.¹⁶ Knapp 13,7 Prozent davon flossen im selben Jahr ins Ausland – das meiste davon an die Europäische Union (EU).¹⁷ Mit rund 47 Prozent stammte fast die Hälfte aller europäischen Nettozahlungen aus der Bundesrepublik.¹⁸ In den vergangenen 21 Jahren wurden aus dem Hochsteuerland Deutschland 212 Milliarden Euro mehr an die EU – und somit indirekt auch an zahlreiche Niedrigsteuerm Länder – überwiesen, als zurückflossen.¹⁹ Dennoch werden von Politikern, insbesondere von jenen, die in ihrer beruflichen Laufbahn selbst nicht allzu viel zum Bruttosozialprodukt beigetragen haben, kontinuierlich weitere Steuererhöhungen gefordert, um die Umverteilung weiter voranzutreiben.²⁰ Dies kann und wird auf Dauer nicht funktionieren.

Nein, wir leben nicht »in dem besten Deutschland, das es jemals gegeben hat«. Ganz im Gegenteil, wir leben in einem Land, in dem zusehends eine Minderheit aus linken, rechten, religiösen und sonstigen Extremisten, Fundamentalisten, Aktivisten, Ideologen, Klimawandelleugnern sowie Weltuntergangsanhängern und Populisten jeglicher Couleur versucht, uns zu erklären, wie wir zu essen, zu sprechen und zu schreiben, zu wohnen und zu heizen, zu fahren und zu reisen, zu glauben und schlussendlich zu leben haben. Damit dies nicht so bleibt, muss sich einiges in der Bundesrepublik Deutschland ändern – und zwar gravierend. Findet die Veränderung nicht statt, dann heißt die Devise: Deutschland, rette sich, wer es sich noch leisten kann.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit geht es vielen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, wenn sie den gegenwärtigen Zustand und die äußerst trüben Zukunftsaussichten des einstigen Landes der Dichter und Denker betrachten, ähnlich wie Heinrich Heine vor 180 Jahren. Egal ob Energie, Inflation, Euro-Verfall, Infrastruktur, Bildungsmisere, Gesundheitssystem, Fachkräfte-

mangel, Migration, Steuer- und Abgabenwahnsinn ... Der Wirtschaftsstandort Deutschland und somit seine Bürger stehen vor riesigen Problemen und Herausforderungen. Das Versagen der Politik und staatlicher Institutionen ist nicht mehr wegzudiskutieren. Jetzt ist guter Rat teuer, und die Bürger fragen sich, ob überhaupt noch Hoffnung für den einstigen Exportweltmeister besteht und ob es tatsächlich so düster aussieht, wie viele befürchten.

In diesem Buch wird aufgezeigt, wie es so weit kommen konnte, welches die Gründe für die gegenwärtige Misere sind und wie man jetzt am besten handeln sollte. Zunächst werden in den Kapiteln 1 bis 7 die folgenden Fragenkomplexe behandelt:

- Warum ist der Wirtschaftsstandort Deutschland in Gefahr? Wie steht es um Deutschlands Schlüsselindustrien? Warum funktioniert das Geschäftsmodell des ehemaligen Exportweltmeisters Deutschland nicht mehr? Diese Fragen sind Gegenstand der beiden ersten Kapitel.
- Im dritten Kapitel werden die Folgen des Infrastrukturdesasters für die Bürger und Unternehmen beleuchtet – eines Desasters, das sich an einer Vielzahl von Faktoren vom Digitalisierungsgrad und den Bildungschancen über die Qualität des Gesundheits- und Pflegewesens und die Ausstattung der Wirtschaft mit Fachkräften bis zur Belastung von Bevölkerung und Wirtschaft mit einem Übermaß an Bürokratie, Besteuerung und Lebenshaltungskosten ablesen lässt.
- In den Kapiteln 4 und 5 kommen die Folgen von Deutschlands verfehlter Energiepolitik zur Sprache, die sich unter anderem in einer gewachsenen Abhängigkeit von China äußern. Warum kann Deutschland nicht mehr ohne China?
- Kapitel 6 ist den Konsequenzen des Ukrainekriegs und der mit ihm einhergehenden Sanktionen für die Bürger und die Wirtschaft gewidmet, Kapitel 7 den Folgen und Gefahren der EU- und der EZB-Notenbankpolitik für die Bürger und den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Die Folgerungen aus der Analyse in den Kapiteln 1 bis 7 münden unweigerlich in der Frage, ob es eine ernst zu nehmende Option sein könnte, das Land zu verlassen, um die individuelle Existenz zu sichern. Diese Option wird in Kapitel 8 analysiert und diskutiert. Das Buch schließt mit der Vorstellung von Lösungsvorschlägen, die Deutschland neue Perspektiven eröffnen.

1

Wirtschaftsstandort Deutschland

Ende 2022 stammte kein einziges der wertvollsten 100 Börsenunternehmen mehr aus Deutschland. 62 stammen aus den USA mit acht Unternehmen unter den Top 10. 15 stammten aus China. Alle Länder Europas kommen zusammen ebenfalls auf 15 Unternehmen. Fünf davon kommen aus Frankreich, vier aus Großbritannien, drei aus der Schweiz und jeweils eines aus Dänemark, Irland und den Niederlanden. Im Jahr 2007 war Europa noch die dominierende Weltregion an den Börsen. Damals kamen 46 der 100 größten Unternehmen aus Europa, aus den USA waren es lediglich 32 und aus Asien nur 17.²¹

Der Industriestandort Deutschland verliert kontinuierlich an Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit, und dem Land droht eine Deindustrialisierung von nie da gewesenem Ausmaß. Laut der Prüfungs- und Beratungsorganisation EY legte die Zahl der ausländischen Investitionsprojekte in Europa im Jahr 2021 um 5 Prozent zu. Frankreich und Großbritannien verzeichneten einen Zuwachs. In Großbritannien stieg die Zahl der ausländischen Investitionsprojekte um 2 Prozent auf 993, in Frankreich sogar um 24 Prozent auf 1222. In Deutschland hingegen haben ausländische Investoren ihr Engagement deutlich reduziert: Die Zahl der von ausländischen Unternehmen in Deutschland angekündigten Investitionsprojekte sank im Vergleich mit 2020 um 10 Prozent auf 841.²² Was steckt hinter dieser Entwicklung?

Der »Länderindex Familienunternehmen« untersucht mittels objektiv messbarer Daten die wichtigsten Standortfaktoren für Familienunternehmen. Hierbei werden sechs Themenfelder in den Blick genommen: das Feld Steuern, der Komplex Arbeitskosten, Produktivität, Humankapital, die Felder Regulierung und Finanzierung und die Felder Infrastruktur und Institutionen sowie Energie. Wie die Ranglisten der Indexwerte von 21 Industrienationen für die Jahre 2018 und 2020 zeigen, ist Deutschland binnen kurzer Zeit um drei Plätze auf Rang 17 abgerutscht.²³

Der einstige Exportweltmeister erreichte bereits im Jahr 2020 die schlechteste Position in der Geschichte des Länderindex. Auf den Spitzenplätzen liegen die USA, Großbritannien und die Niederlande. Aufgrund von *hohen Unternehmenssteuern* erzielte Deutschland im Feld Steuern die schlechtesten Werte und lag auf dem vorletzten Platz vor Schlusslicht Japan. In der Kategorie *Arbeitskosten, Produktivität, Humankapital* weist Deutschland (Rang 18) der Studie zufolge »deutliche Standortschwächen« auf.²⁴

Im Länderindex 2022 ist Deutschland abermals um einen weiteren Platz abgerutscht und befindet sich mit 47,93 Punkten lediglich kurz vor Ungarn mit 47,52 Punkten. Schlusslichter sind Spanien und Italien. Ganz oben stehen die USA (62,59 Punkte), gefolgt von Kanada, Schweden, Schweiz, Dänemark und dem Vereinigten Königreich. Insbesondere in den Kategorien *Steuern* (Rang 21), *Arbeitskosten, Produktivität, Humankapital* (Rang 19), *Regulierung* (Rang 19), *Energie* (Rang 18) sieht es für den Wirtschaftsstandort Deutschland desaströs aus.²⁵

Eine Untersuchung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG bestätigt all dies. KPMG hatte 360 Finanzvorstände deutscher Tochtergesellschaften internationaler Konzerne aus den USA, China, Japan und Europa befragt. Ausländische Konzerne sehen den Wirtschaftsstandort Deutschland zunehmend kritisch und fahren ihre Investitionen zurück. Nur noch 59 Prozent der befragten Konzernvorstände stuften die *logistische Infrastruktur* (Stra-

ßen, Brücken, Schienen) unter den Top 5 in der EU ein. Als größtes Investitionshemmnis nannten die befragten Konzernvorstände eine unzureichende *digitale Infrastruktur*. Neun Prozent gaben an, dass sie »die schlechteste in der EU« sei, für weitere 24 Prozent zählt sie »zu den fünf schlechtesten in der EU«.²⁶

Einer Untersuchung des Berliner European Center for Digital Competitiveness (ECDC) zufolge verlor die Bundesrepublik 2020 in Sachen digitale Wettbewerbsfähigkeit weiter an Boden. Nur Albanien schnitt in Europa schlechter ab. Auch im Kreis der Gruppe der Sieben (G7) befindet sich Deutschland vor Japan auf dem vorletzten Platz.²⁷ Laut Telekom-Chef Timotheus Höttes schneidet Deutschland bei der Digitalisierung des öffentlichen Dienstes schlechter ab als Griechenland.²⁸

Laut der oben genannten KPMG-Untersuchung ist Deutschland zu teuer – bei *Strom*, *Steuern* und *Arbeitskosten*. Bei Industriestrom war Deutschland mit Kosten von 18,18 Cent pro Kilowattstunde zum Zeitpunkt der Studie 2021 bereits Spitzenreiter in der EU und damit Schlusslicht bei der Benotung in der Untersuchung. Das deutsche Steuersystem wurde von den Managern als »nicht wettbewerbsfähig« eingestuft.²⁹ Nicht ohne Grund warnte KPMG-Bereichsvorstand Andreas Glunz, »ein weiteres Anwachsen von Regulierung und Bürokratie infolge der geplanten EU-Umweltgesetzgebung« sei eine Bedrohung für den Investitionsstandort Deutschland.³⁰ Nur noch jeder dritte Befragte zählte Deutschland zu den Top-5-Standorten mit einem innovationsfördernden Umfeld.³¹ Mit dem Wegfall des billigen Gases aus Russland und den daraus resultierenden rasant steigenden Energiekosten dürfte heute die Attraktivität des Standorts Deutschland noch wesentlich geringer sein als zu Zeiten der Untersuchung. Diese Bedenken bestätigte der Vorsitzende der EY-Geschäftsführung, Henrik Ahlers, im Dezember 2022: »In den USA können Industrieunternehmen derzeit deutlich günstiger produzieren, der Krieg ist für sie weit weg, eine Gaskrise

muss dort niemand fürchten.«³² Clemens Fuest, Chef des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. befürchtet: »Wir müssen davon ausgehen, dass wir auf absehbare Zeit etwa doppelt so viel für Gas zahlen könnten wie die USA. Das hat enorme Folgen für unsere Wettbewerbsfähigkeit und wird uns Wohlstand kosten.«³³

Die Produktion in Deutschland wird teurer

Der Wirtschaftsstandort Deutschland wird insbesondere im Vergleich mit seinen großen Wirtschaftskonkurrenten USA und China immer teurer und verliert folglich an Konkurrenzfähigkeit. Dies zeigt allgemeinverständlich der *Produzentenpreisindex* (PPI; Abbildung 1). Der Index »misst die Preisentwicklung bei den Waren und Dienstleistungen, die von den im Inland tätigen

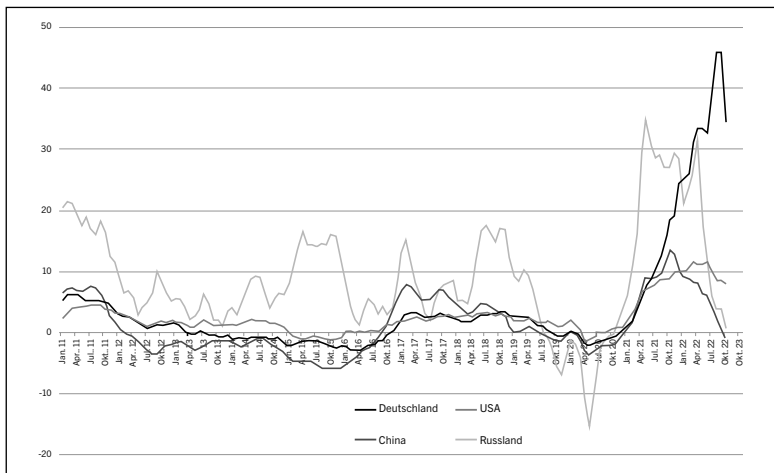


Abbildung 1: Prozentuale Veränderungen der Erzeugerpreise
ausgewählter Länder im Jahresvergleich
Quelle: [https://www.querschuesse.de/wp-content/uploads/2022/11/u2074.
webp](https://www.querschuesse.de/wp-content/uploads/2022/11/u2074.webp)

Unternehmen hergestellt bzw. erbracht und im In- oder Ausland verkauft werden.«³⁴

Die Produzentenpreise der gewerblichen Wirtschaft sind im September 2022 in Deutschland (+45,8 Prozent) im Vergleich mit den USA (+8,7 Prozent) und China (+2,3 Prozent) geradezu explodiert. Im Oktober 2022 ging der Anstieg mit einem Plus von 34,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat leicht zurück.

Hauptverantwortlich für den Anstieg der gewerblichen Erzeugerpreise im Vorjahresvergleich (Abbildung 2) waren zweifelsfrei die Preisentwicklungen bei Energieträgern.³⁵ Bis dato hat sich der Wirtschaftsstandort Deutschland klar als Verlierer des gegenwärtigen Wirtschaftskriegs zwischen den USA und der EU einerseits und Russland andererseits herauskristallisiert.

Auch bei den *Importpreisen* war in den ersten drei Quartalen 2022 ein immenser Aufwärtstrend zu verzeichnen. Allein in den Monaten September und Oktober 2022 stiegen die Einfuhrpreise im Vergleich mit dem jeweiligen Vorjahresmonat um 29,8 Prozent beziehungsweise 23,5 Prozent.³⁶

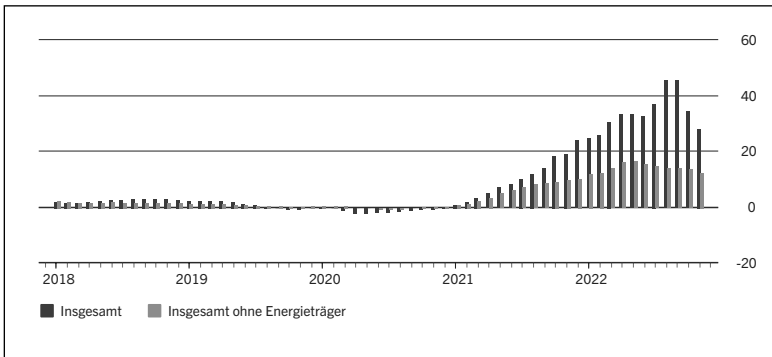


Abbildung 2: Prozentuale Veränderungen der Erzeugerpreise in Deutschland

Quelle: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/12/PD22_550_61241.html

Maßgeblich dazu beigetragen haben insbesondere die steigenden Gas- und Ölpreise. Wird sich diese Preisentwicklung nicht abschwächen, so wird energieintensive Produktion in Deutschland aufgrund mangelnder Wettbewerbsfähigkeit zukünftig nicht mehr stattfinden. Folglich wird sie mitsamt ihren Arbeitsplätzen unwiederbringlich verschwinden und zukünftig in Ländern mit wesentlich geringeren Energiekosten wie beispielsweise den USA, China oder Indien stattfinden. Der Zenit der deutschen Industrie ist mittlerweile überschritten – die fetten Jahre sind vorbei. Dies verdeutlicht unter anderem der *Industrieproduktionsindex*.

Dieser Index erfasst die Gesamtheit aller Güter, die im industriellen Sektor (ohne Berücksichtigung der Bauwirtschaft) erwirtschaftet werden.

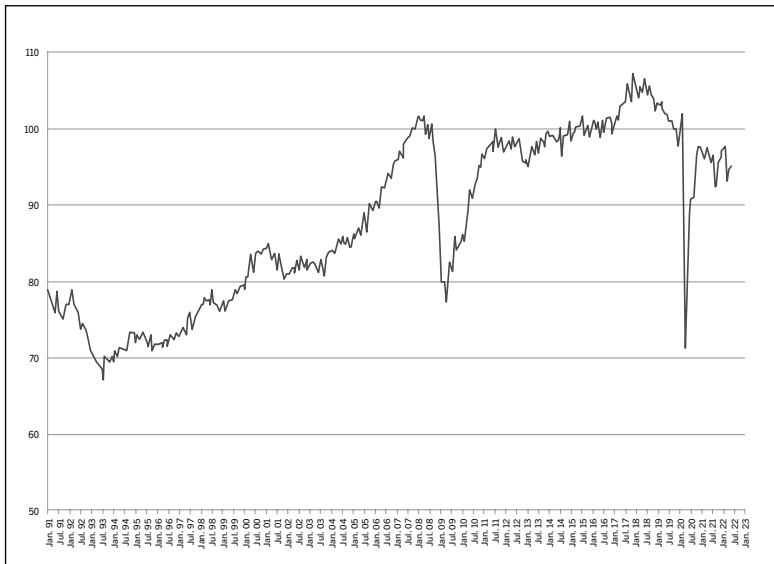


Abbildung 3: Entwicklung des Industrieproduktionsindex in Deutschland (2015 = 100)

Quelle: <https://www.querschuesse.de/deutschland-industrieproduktion-mai-2022/>

Er ist der Indikator für den Zustand der güterproduzierenden Wirtschaft eines Landes. In Deutschland befand sich die Industrieproduktion im Herbst 2022 auf dem Niveau von 2014.³⁷

Ob Deutschland wieder das Niveau von 2018 erreichen wird, ist aus den in den folgenden Kapiteln dieses Buches angeführten Gründen ganz erheblich zu bezweifeln. Hilfreich ist es, einen Blick auf die zwei größten Schlüsselindustrien Deutschlands zu werfen: die chemische Industrie und die Automobilindustrie.

Chemische Industrie: Deutschlands Schlüsselindustrie braucht Energie

*»Die Zukunft der Chemie in Deutschland
steht auf dem Spiel.«*

Markus Steilemann, Vorstandschef des Kunststoffherstellers
Covestro und Präsident des Verbands der Chemischen
Industrie (VCI) im Dezember 2022³⁸

Die Warnung von Markus Steilemann hat es in sich, denn die chemische Industrie ist eine der Säulen des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Ohne sie funktioniert in Deutschland nicht mehr viel. Nach Automotive und Maschinenbau bildet sie den drittgrößten Wirtschaftszweig in Deutschland. Im Jahr 2022 betrug die Zahl der betrieblich Beschäftigten in der deutschen Chemie- und Pharmaindustrie rund 473.000.³⁹ Hinzu kommt etwa eine halbe Million Arbeitsplätze bei Zulieferern und Dienstleistern.

Am Beginn zahlloser Produktionsprozesse steht die besonders energieintensive Basischemie. Produkte der Basischemie werden weiterverarbeitet unter anderem zu Kunst- und Klebstoffen, Lacken, Düngemitteln, Waschmitteln, Kosmetika, Hygieneprodukten und Pharmazeutika. Die chemische Industrie benötigt, abgesehen von einer guten Infrastruktur und hochqualifizierten

Arbeitskräften, insbesondere eines: *Energie*, vorwiegend *Strom* und *Gas*. Mit einem Anteil von 15 Prozent in Deutschland ist sie der größte industrielle Verbraucher von Erdgas. Sie verbraucht insgesamt knapp 140 Terawattstunden (TWh) Gas im Jahr. Etwas mehr als ein Viertel davon werden als Rohstoff, die restlichen 73 Prozent für die Erzeugung von Dampf und Strom eingesetzt.⁴⁰

Laut der Initiative *Chemie im Dialog (CID)* ist Gas der mit Abstand wichtigste Energieträger in der chemischen Industrie. 2021 verbrauchte beispielsweise der Chemiekonzern BASF allein am Standort Ludwigshafen so viel Gas wie die gesamte Schweiz.⁴¹ Ist diese Energie nicht vorhanden oder im internationalen Vergleich zu teuer, so hat die chemische Industrie am Wirtschaftsstandort Deutschland langfristig keine sonderlich großen Überlebenschancen.

Wolfgang Große Entrup, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Chemischen Industrie (VCI), sagt: »Die Kosten für Strom, Öl und Gas machen in der chemischen Industrie rund 12 Prozent der Produktionskosten aus ... In der Grundstoffchemie ist der Anteil mit rund 16 Prozent noch höher. Bei einzelnen Chemikalien, zum Beispiel Ammoniak oder Chlor, liegt der Anteil sogar bei mehr als 70 Prozent.«⁴²

In Deutschland und auch in Europa ist die Produktion von Düngemitteln mittlerweile aufgrund der hohen Preise für Gas praktisch nicht mehr konkurrenzfähig. Unternehmen zahlten im September 2022 für Erdgas knapp sechs Mal so viel wie ihre Mitbewerber, die in anderen Weltregionen produzieren. In Europa hängen von der Düngemittelproduktion direkt und indirekt ungefähr 70.000 Arbeitsplätze ab. Im September 2022 waren 70 Prozent der Produktionskapazitäten für Düngemittel in Europa bereits abgeschaltet.

Profiteure sind Staaten, in denen das Gas wesentlich billiger ist. Insbesondere am Persischen Golf werden gerade zahlreiche neue Anlagen gebaut. Nicht zu vergessen ist, dass Russland der

weltgrößte Produzent und Exporteur von Dünger und Ammoniak ist.⁴³ Ob es sinnvoll ist, sich von solchen Staaten abhängig zu machen, gilt es zu überlegen. Große Entrup bringt es wie folgt auf den Punkt: »Die in die Höhe geschossenen Energiepreise treffen unsere Branche brutal. Die Lieferverträge vieler Mittelständler laufen bald aus. Die neuen Konditionen werden etliche Unternehmen vor unlösbare Probleme stellen. Viele Mittelständler stehen mit dem Rücken zur Wand. Gerade im internationalen Wettbewerb können viele die Preise nicht mehr weitergeben und planen deswegen Schritt für Schritt bereits, ihre Produktion einzustellen.«⁴⁴ Schätzungen des VCI zufolge hat sich die Produktion von Deutschlands Chemieindustrie 2022 bereits um sechs Prozent verringert. Rechnet man den Pharmabereich heraus, waren es sogar zehn Prozent. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2022 beschleunigte sich der Niedergang. Dort waren laut VCI Abschlüsse auf Monatsbasis in einer Größenordnung von gut 20 Prozent zu verzeichnen.⁴⁵ Einer Mitglie­derbefragung des VCI zufolge haben bereits Ende 2022 knapp 40 Prozent der Unternehmen die Produktion gedrosselt oder planen diesen Schritt mit dem Ziel, Energie zu sparen und noch größere Verluste zu vermeiden.

Ohne chemische Vorprodukte sieht es also in der Automobil- und Elektronikindustrie, in der Landwirtschaft, der Nahrungsmittelbranche, der Metallindustrie, im Sektor Bauwesen oder Papier, in der Glas- und Keramikindustrie düster aus. Die Folgen eines kompletten Stillstands aufgrund von Energiemangel in der chemischen Industrie wären für den Standort Deutschland verheerend. Eine Abwanderung der chemischen Industrie aufgrund zu hoher Energiekosten würde Deutschlands Abhängigkeit von anderen Ländern noch verschärfen. Bleiben die Energiekosten in Deutschland wesentlich höher als in anderen Ländern, so ist eine Abwanderung langfristig nicht aufzuhalten.

Automobilindustrie: Deutschland auf dem absteigenden Ast

Die Automobilindustrie ist die größte Branche des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland. Sie ist, gemessen am Umsatz, der wichtigste Industriesektor. Im Jahr 2021 erwirtschafteten die Unternehmen der Branche knapp 411 Milliarden Euro und beschäftigten ungefähr 786.000 Arbeitskräfte.⁴⁶ Mehr als zwei Drittel (2021 rund 66,8 Prozent) der in Deutschland produzierten Fahrzeuge werden ins Ausland exportiert.⁴⁷

Unverkennbar ist die Automobilindustrie in Deutschland ein äußerst wichtiger Faktor für Wohlstand und Beschäftigung. Die goldenen Zeiten der Automobilproduktion am Standort Deutschland haben hingegen ihren Zenit längst überschritten. In Deutschland werden immer weniger Fahrzeuge produziert. Dem Ifo-Präsidenten Fuest zufolge hat die Automobilbranche ihre Produktion in Deutschland seit 2018 dramatisch zurückgefahren: »Ein Drittel der Produktion ist weg, und ob sie zurückkommt, weiß niemand«.⁴⁸ Im Jahr 2018 sank die deutsche Pkw-Produktion im Vorjahresvergleich um 9,4 Prozent, 2019 um 9 Prozent, 2020 *um 24,7 Prozent und 2021 um 11,7 Prozent* – und insgesamt sank sie auf den tiefsten Stand seit 1975. 2022 wuchs sie zwar im Vergleich zum Vorjahr um 10,8 Prozent an; dennoch ist sie von früheren Höchstständen noch meilenweit entfernt – und wird diese mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit auch nie wieder erreichen.⁴⁹

Im September 2022 befragte der Verband der Automobilindustrie (VDA) 103 Zulieferer sowie Bus-, Anhänger- und Aufbautenhersteller. Zehn Prozent davon meldeten bereits Einschränkungen der Produktion. Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw), erwartet, dass, sobald die hohen Strompreise erst einmal voll durchschlagen, die Produktion in vielen Unternehmen unren-

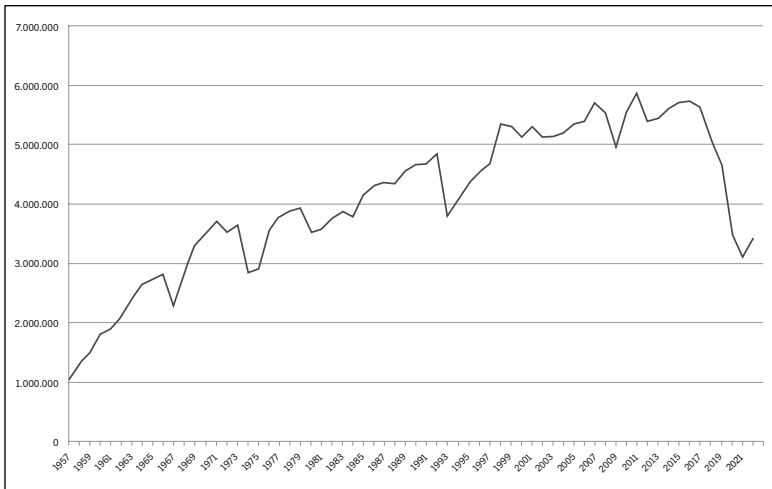


Abbildung 4: Deutschland Pkw-Jahresproduktion in Einheiten

Quelle: <https://www.querschuesse.de/deutschland-pkw-produktion-dezember-2022/>

tabel wird. Er sagt: »Das halten die Betriebe nicht lange durch. Das betrifft nicht nur energieintensive Betriebe, sondern die Breite der Wirtschaft.«⁵⁰ Im Herbst 2022 hat sich die Stimmung in der Automobilbranche laut einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) weiter verschlechtert. Aufgrund der Energiekosten reduzierten im November 2022 bereits 16 Prozent der Automobilhersteller ihre Produktion; 17 Prozent beabsichtigten, ihre Produktion zu verlagern. 43 Prozent der Autobauer und 49 Prozent der Zulieferer bezeichneten ihre Finanzlage als problematisch.⁵¹ Dennoch wird in Deutschland ein Kampf gegen die eigene Schlüsselindustrie geführt, der weltweit seinesgleichen sucht.

Der Kampf gegen das Auto in Deutschland

Der ideologisch motivierte Kampf gegen das Auto wird in der Bundesrepublik Deutschland mit unverminderter Härte geführt. Insbesondere in Berlin (*Volksentscheid Berlin autofrei*⁵²) ist dies zu beobachten.⁵³ In Berlin dürfen der Senatsverkehrsverwaltung zufolge ab Januar 2023 Fahrräder kostenlos auf Autoparkplätzen abgestellt werden. Weiterhin wurde Anfang Dezember 2022 angekündigt, dass gleichzeitig die Parkgebühren für Autos erhöht werden. Die Berliner Senatsverkehrsverwaltung begründet ihren Schritt damit, dass so mehr Sicherheit auf Fußwegen geschaffen werde.

Des Weiteren brauchten laut Verkehrssenatorin Bettina Jarasch (Bündnis 90/Die Grünen) Autos schlicht zu viel Platz »in so einer dichten Stadt«. ⁵⁴ Ob es sich hierbei um eine vernünftige Verkehrspolitik handelt und ob es sinnvoll ist, den Zorn zwischen den Verkehrsteilnehmern zu schüren, wenn laut Christian Böttger, Professor für Wirtschaftsingenieurwesen an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW), Radfahrer möglicherweise vorsätzlich Parkplätze blockieren, ist zu bezweifeln.⁵⁵ Der Grünen-Fraktionschef Werner Graf geht sogar noch weiter und verkündete im Januar 2023: »Wir wollen als Grüne in den nächsten zehn Jahren die Parkplätze in Berlin halbieren.«⁵⁶

Nichtsdestoweniger schreitet die Präferenz für das Auto in Deutschland immer weiter voran. Die *ZEIT* schreibt im November 2022: »Trotz Klimakrise nimmt die Zahl der Pkw pro Einwohner weiter zu. Sogar dort, wo der ÖPNV gut ausgebaut ist.« Sie belegt diese Aussage mit einer interaktiven Deutschlandkarte.⁵⁷ Selbst den größten Autogegnern in Berlin muss klar sein: Sollte die Autoindustrie tatsächlich erheblich schrumpfen, sollten die Autobauer ihre Produktion zusehends ins Ausland verlagern oder gar ihr Headquarter und somit ihren Steuersitz ins Ausland verlegen⁵⁸ oder sukzessive in Gänze abwandern und sollte kraft des Länderfinanzausgleichs (allein zwischen 1995

und 2021 hat Berlin über 75 Milliarden Euro erhalten) wesentlich weniger Geld aus den Autoländern Bayern und Baden-Württemberg Richtung Berlin fließen, so würden in Berlin sprichwörtlich die Lichter ausgehen.

Die Bedeutung von Dienstwagen für die Automobilbranche

Teile der Politik plädierten 2022 dafür, die Dienstwagenregelung abzuschaffen und das 9-Euro-Ticket beizubehalten.⁵⁹ Striche man das sogenannte Dienstwagenprivileg, so kämen Steuermehreinnahmen von 3 bis 5 Milliarden Euro zusammen.

Die Konsequenzen für Gewerbetreibende sowie für die deutsche Automobilindustrie und deren Beschäftigte wären jedoch fatal. Die Dienstwagenregelung sichert das Überleben der deutschen Premiumhersteller. Audi, BMW und Mercedes leben zu einem nicht unerheblichen Teil von gewerblichen Zulassungen. Nach Angaben des Forschungsinstituts Center Automotive Research (CAR) sind knapp 40 Prozent der Premiumzulassungen in Deutschland betrieblich begründet.⁶⁰ Andere Studien ergeben, dass zwei von drei Neuzulassungen von Pkw auf das Konto gewerblicher Halter gehen (siehe Abbildung 5).

Bekanntlich wird nur mit Premiumfahrzeugen richtig Geld verdient. Lediglich Premiumfahrzeuge lassen sich in Deutschland aufgrund der hohen Produktionskosten noch wirtschaftlich herstellen. Demzufolge hat eine fallende Nachfrage nach diesen Fahrzeugen mittelfristig massive Auswirkungen auf die Beschäftigtenzahl bei Autobauern und ihren Zulieferern. Der schwäbische Automobilproduzent Mercedes-Benz hat trotz einer Produktionsverlagerung nach Ungarn angekündigt, die A- und B-Klasse auslaufen lassen zu wollen.⁶¹ Dienstwagen sind normalerweise Leasingfahrzeuge. Nach Leasingende landen sie zumeist auf dem Gebrauchtwagenmarkt und werden von Privatleuten erworben, welche sich häufig einen vergleichbaren Neuwagen nicht leisten können.